

Genehmigung des Reichstages bedürfen, werden vom Reichstage geschäftsordnungs-  
mäßig wie Gesetzentwürfe behandelt (Meier, Staatsverträge, S. 296). Enthaltene  
Verträge eine Aenderung der Reichsverfassung oder steht ihrem Abschluß ein Sonder-  
recht im Sinne des Art. 78, Abs. 2 entgegen, so sind sie gleichfalls wie verfassungs-  
ändernde Gesetze bzw. wie Gesetze zu behandeln, welche Sonderrechte aufheben<sup>1</sup>.  
Dies gilt jedoch nicht von Friedensverträgen, welche das Bundesgebiet betreffen,  
da rücksichtlich dieser die Reichsverfassung dem Kaiser die uneingeschränkte Legi-  
timation, die externe und interne Vollmacht, erteilt hat<sup>2</sup>. Wenn der Kaiser, um  
noch größere Verluste abzuwenden, einen solchen Frieden abschließt, ohne zuvor  
Bundesrath und Reichstag zu hören, so liegt dies nicht nur in seiner formellen  
Befugniß (Art. 11, Abs. 1), sondern materiell darin, daß ihm allein die Machtmittel  
zur Verfügung stehen, das Reichsgebiet zu verteidigen.

Staatsverträge, deren Gegenstände in den Bereich der Gesetzgebung fallen und  
demgemäß vom Bundesrath und Reichstage zu genehmigen sind, müssen daher wie  
Gesetze verkündet werden. Verkündet sind die Verträge durch den bloßen Abdruck,  
der besondere Befehl, sie zu befolgen, ist unnöthig; ebenso unnöthig ist die Er-  
wähnung, daß Bundesrath und Reichstag zugestimmt haben. Richtig ist nur, zu  
erwähnen, daß die Verträge ratificirt sind, weil davon der Abschluß abhängt. Ver-  
träge, die nicht die Genehmigung des Reichstages nöthig gehabt noch erhalten haben,  
werden wie Verordnungen publicirt, d. h. sie können im Reichsgesetzblatt ver-  
kündet werden, sie brauchen aber nicht dort verkündet zu werden<sup>3</sup>. Daher konnten  
die zahlreichen Uebereinkommen wegen Anerkennung der Schiffsvermessungspapiere,  
wegen wechselseitiger Unterstützung Hülfesbedürftiger, die Telegraphenconvention u. a.  
im Reichs-Centralblatt gültig verkündet werden (1873, S. 163, 281, 316, 1874,  
S. 31, 323, 1875, S. 250, 307, 475, 1876, S. 169, 1877, S. 406). Soweit  
die Befugniß zum Erlass von Verordnungen oder zum Abschluß von Geschäften  
delegirt werden kann<sup>4</sup>, können Staatsverträge, die in das Gebiet der Gesetzgebung  
nicht eingreifen, auch vom Reichskanzler bzw. dessen Stellvertreter oder von einer  
anderen zuständigen Reichsbehörde abgeschlossen und ratificirt werden; so die Ueber-  
einkunft mit der Schweiz vom August 1873 wegen Errichtung einer deutschen Zoll-  
abfertigungsstelle in Basel<sup>5</sup>, der internationale Telegraphen-Vertrag vom 10./22. Juli  
1875, welche beide vom Kanzler ratificirt sind<sup>6</sup>. Die Vereinbarungen zwischen dem  
Reiche bzw. Preußen mit Bayern und Württemberg bezüglich der Festung Ulm  
vom 16. Juni 1874 sind demgemäß für das Reich und Preußen von dem  
preussischen Kriegsministerium, einer obersten Reichsbehörde und zugleich Landes-  
behörde, zu Recht abgeschlossen. Da sie zwar Rechtsnormen enthalten, aber nicht  
ein formelles Gesetz sind, so bedurften sie weder der Publication im Reichsgesetzblatt  
noch der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher Leinestorgs für Angelegenheiten  
dieser Art verantwortlich ist<sup>7</sup>.

Die Zuständigkeit des Reiches zum Abschlusse von Verträgen reicht so weit wie  
seine Zuständigkeit zum Erlasse von Gesetzen und Verordnungen<sup>8</sup>, sowie zum Ab-  
schlusse von Geschäften<sup>9</sup>. Da die Bundesstaaten alle Befugnisse bewahrt haben, die  
nicht auf das Reich delegirt sind, so haben sie die Zuständigkeit bewahrt, Staats-  
verträge abzuschließen. Da die Regelung des Zoll- und Handels-, des Post- und  
Telegraphenwesens ausschließlich Reichssache ist<sup>10</sup>, so vermögen sie Verträge über  
diese Gegenstände rechtswirksam nicht abzuschließen. Eine Ausnahme bilden die Post-  
und Telegraphenverträge, welche den eigenen unmittelbaren Verkehr Bayerns bzw.  
Württemberg's mit seinen dem Reiche nicht angehörenden Nachbarstaaten betreffen, wegen  
dessen Regelung es bei der Bestimmung in Art. 49 des Postvertrages zwischen dem

<sup>1</sup> Ein Beispiel l. bei Raband, I, S. 632,  
und in den Protokollen des Bundesraths 1875,  
§§ 103, 306.

<sup>2</sup> S. oben S. 72; anderer Ansicht Raband,  
S. 681.

<sup>3</sup> S. oben S. 205.

<sup>4</sup> Oben S. 208.

<sup>5</sup> Raband, Staatsrecht, I, S. 625.

<sup>6</sup> Vgl. hiergegen inbegr. Zorn, l. c., Zeit-  
linei, Staatsverträge, S. 54.

<sup>7</sup> S. oben S. 363.

<sup>8</sup> Oben S. 172 ff.

<sup>9</sup> Oben S. 412.

<sup>10</sup> S. Art. 35 und Art. 53, Abs. 2 der Reichs-  
verfassung.